

## **Geflüchtete sind in NRW willkommen**

Wir unterstützen die Resolution der Strategiekonferenz der LINKEN in Kassel vom 01.03.2020:

*Die türkische Regierung versucht den Druck auf die europäischen Nato-Partner zu erhöhen, um militärische Unterstützung im Syrien-Krieg zu erzwingen, indem sie die Grenzen zu Griechenland für Geflüchtete öffnet. Die Situation von Menschen auf der Flucht wird für machtpolitische Zwecke missbraucht. An der Landesgrenze stecken Flüchtende im Niemandsland fest und werden mit Tränengas und Gewalt an der Einreise nach Griechenland gehindert. Die Ägäis wird ein rechtsfreier Raum, in dem das Recht auf Leben zur Verhandlungsmasse verkommt. Der EU-Deal mit Erdogan war von Anfang an ein Fehler, denn Menschenleben sind kein Deal.*

*Wir fordern das Öffnen der Grenze nach Griechenland und die Aufnahme der Menschen in Deutschland.*

*Wir brauchen ein solidarisches Europa anstelle einer militaristischen Festung.*

Mittlerweile wurden Flüchtlinge sowohl auf dem Meer als auch an Land auch schon beschossen. Auf der Insel Lesbos wurde von gewaltbereiten Gruppen, vermutlich mit rechtsextremem Hintergrund, das ehemalige Erstaufnahmelager abgebrannt, Mare Liberum und Ärzte ohne Grenzen wurden ebenso angegriffen wie Flüchtlinge. Die örtliche Polizei ist überfordert oder beteiligt sich an den gewaltsamen Ausschreitungen. Da die NGOs sich zurückziehen mussten, besteht praktisch keine medizinische Versorgung vor Ort. Sollte die EU jemals eine Wertegemeinschaft gewesen sein, dürfte nun klar werden, wie bitter die Realität dieser EU ist.

Wir setzen uns für eine sofortige Aufnahme ein, sowohl der Menschen in den griechischen Lagern, als auch der Menschen, die zurzeit an der griechischen Grenze gewaltsam festgehalten werden sowie der Menschen die gewaltsam auf offenem Meer angegriffen werden. Seit Monaten bieten mehr als 100 NRW-Städte und -Gemeinden immer wieder die Aufnahme der aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchteten an. Wir fordern die NRW Landesregierung und Bundesinnenminister Seehofer dazu auf, diese Bereitschaft zu unterstützen und diesen Kommunen sofort zu gestatten Menschen aufzunehmen. Wir setzen uns selbstverständlich unverändert auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Das entbindet uns jedoch nicht von der Verantwortung, jetzt und sofort Hilfe zu leisten. Wir weigern uns, die Ausrede gelten zu lassen, dass eine europäische Einigung dafür Voraussetzung sei.

Flüchtlinge sind weder eine Naturkatastrophe wie es von rechtspopulistischer Rhetorik (Flüchtlingswelle, Flüchtlingsstrom) gerne suggeriert wird, noch eine Bedrohung wie entindividualisierte und krisenorientierte Begriffe wie Flüchtlingskrise, Flüchtlingsbewegung vermitteln sollen. Schon gar nicht sind sie eine Bedrohung für unsere Demokratie oder unsere Gesellschaft. Die Bedrohung steckt vielmehr in der schleichenden Entmenschlichung von Schutzbedürftigen, also in den Köpfen derer, die diese Entmenschlichung schüren.

- Wir wenden uns entschieden gegen jede und jeden Politiker\*in in Deutschland die oder der sich dieser zutiefst inhumanen Argumentation anschließt.

- Das Abkommen zwischen der Türkei und der EU muss sofort beendet werden. Geflüchtete sind Mitmenschen und dürfen niemals zum Spielball politischer Auseinandersetzungen gemacht werden. Da gibt es keine Obergrenzen, sondern nur Internationale Solidarität!

Wir fordern den Landesvorstand auf:

- Einen offenen Brief an die NRW Landesregierung zu schicken und die Aufnahme von Menschen wie oben beschrieben energisch voranzutreiben.
- Alle Seebrücken-Organisationen in NRW zu kontaktieren und sowohl unsere Solidarität zu erklären als auch die Unterstützung der LINKEN in NRW anzubieten.
- Alle Kreisverbände in NRW zur Solidarität und Unterstützung von Seebrücke-Gruppen aufzufordern.

Die Dringlichkeit des Antrags ergibt sich daraus, dass die zugrundeliegenden Ereignisse nach Ablauf der Antragsfrist eingetreten sind, eine Behandlung und Beschlussfassung des Landesrates hierzu jedoch geboten ist.

AntragstellerInnen:

Edith Bartelmus-Scholich, KV Krefeld

Inge Höger, Landessprecherin DIE LINKE.NRW

Ingrid Jost, Landesvorstand DIE LINKE.NRW

Jürgen Aust, Landesvorstand DIE LINKE.NRW

Melanie Schmidt-Krobok, Ökologische Plattform

Udo Hase, LAG Netzpolitik NRW

Iris Bernert-Leushacke, Landesvorstand DIE LINKE.NRW

Ralf Lange, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.Bochum

Michael Droste, KV Rhein-Sieg